

NDR Info Das Forum **04.04.2020 /19.20-19.50 Uhr**
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN **05.04.2020 /12.35-13.00 Uhr**
Andreas Flocken **E-Mail:** streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Spagat der Streitkräfte – Ausbildung in Corona-Zeiten
- Praktisch nicht zu bewältigen? Militärische Altlasten in der Ostsee
- Kleine und flexible Atomwaffen – Gefährliche Modernisierung des US-Nuklearpotenzials?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Ein Blick auf unsere Themen:

- Kleine und flexible Atomwaffen – Gefährliche Modernisierung des US-Nuklearpotenzials? Und :
- Praktisch nicht zu bewältigen? Militärische Altlasten in der Ostsee

Zunächst wollen wir uns jedoch mit den Folgen der Corona-Krise für die Streitkräfte beschäftigen.

Besonders getroffen hat es die US-Marine. Das Coronavirus hat eine ganze Flugzeugträger-Gruppe der Supermacht USA außer Gefecht gesetzt. Der im Pazifik operierende Flugzeugträger „Theodore Roosevelt“ musste den US-Stützpunkt Guam anlaufen. Denn an Bord gibt es rund 100 Corona-Fälle. Das Schiff hat knapp 5.000 Besatzungsmitglieder. Am vergangenen Sonntag schlug der Kommandant des Stahlkolosses Alarm. Er appellierte an die Marine-Führung, den Flugzeugträger zu evakuieren. In dem Schreiben heißt es zur Begründung, man sei bereit, im Kampf Risiken einzugehen. Man befindet sich

jedoch nicht im Krieg. Daher könne man nicht zulassen, dass durch die Pandemie Seeleute unnötig umkämen. Verteidigungsminister Esper zeigte sich von dem Appell zunächst unbeeindruckt und lehnte eine Räumung des Kriegsschiffes ab. Eine Position, die jedoch nicht lange Bestand hatte. Marine-Staatssekretär Modly kündigte schließlich an, dass der Großteil der Besatzung den Flugzeugträger verlassen dürfe. Um die Waffensysteme und den Nuklearreaktor zu sichern, müssten allerdings knapp 1.000 Soldaten an Bord bleiben:

O-Ton Modly

„We can not and will not remove all sailors from the ship (...) This ship has weapons on it. It has munitions on it. It has expensive aircraft, and it has a nuclear power plant. It requires a certain number of people on that ship to maintain safety and security of the ship.“

Wie lange der Flugzeugträger ausfällt, ist offen. In dieser Woche gab es zudem Berichte, es gebe auch an Bord des Flugzeugträgers „Ronald Reagan“ Corona-Fälle. Das Kriegsschiff liegt zurzeit in einem japanischen Hafen.

Die US-Navy steht also vor großen Problemen. Einerseits versucht sie, die Einsatzbereitschaft sicherzustellen, andererseits will sie den Schutz und die Gesundheit der Soldaten gewährleisten. Zudem bemüht sich das US-Militär, die Behörden im Kampf gegen die Corona-Pandemie zu unterstützen.

Das versucht auch die Bundeswehr. Sie macht ebenfalls einen Spagat. Obwohl die deutschen Streitkräfte durch das Coronavirus ziemlich mit sich selbst beschäftigt sind, will die Bundeswehr gleichzeitig für den Notfall vorbereitet sein. Der Inspekteur der Streitkräftebasis, Martin Schelleis, kündigte per Video eine Premiere an:

O-Ton Schelleis

„Nun aber wird erstmals in der 65-jährigen Geschichte der Bundeswehr ein Kontingent im Vorgriff auf mögliche Hilfeleistungen in Deutschland aufgestellt flächendeckend mit eigener Führungsstruktur, speziell geschnürten Fähigkeits-Paketen und zugeordneten Kräften von 15.000, Männern und Frauen (...) Die Bundeswehr hat schon viele Krisen erlebt. Alle wurden gemeistert. Und auch diese werden wir überwinden.“

Zuversicht wird verbreitet. Dabei ist offen, ob die große Stunde der Bundeswehr wirklich kommen wird. Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer hatte schon zu Beginn der Corona-Krise vor zu großen Erwartungen gewarnt. Kein Wunder - zuletzt hatte die Bundeswehr angesichts der Ausrüstungsprobleme immer wieder Negativ-Schlagzeilen gemacht. Und Probleme gibt es natürlich weiterhin - auch jetzt im Sanitätswesen, wie die Verteidigungsministerin in dieser Woche einräumte:

O-Ton Kramp-Karrenbauer

„Wir haben Vorräte für eine gewisse kurze Frist. Ansonsten leiden wir natürlich wie alle im Moment darunter, dass wir noch nicht in ausreichendem Maße Schutzmasken nachführen können [und] dass das Fachpersonal eben auch knapp ist.“

Der Sanitätsdienst ist besonders bei Auslandseinsätzen gefordert. Die Gesamtzahl der hier eingesetzten Soldaten ist mit etwas mehr als 3.000 zwar vergleichsweise gering. Aber die Bundeswehr unterhält zurzeit mehr als zehn verschiedene Missionen – darunter ganz kleine Einsätze mit nur wenigen Soldaten. Aber selbst Mini-Einsätze wie im Südsudan binden Sanitätskapazitäten ganz erheblich – mit Folgen für die Hilfeleistungen im Inland. An den Auslands-einsätzen soll aber nicht gerüttelt werden. Der Inspekteur der Streitkräftebasis, General Schelleis:

O-Ton Schelleis

„Wir konzentrieren uns auf die Sicherstellung der laufenden Einsatzverpflichtungen, den dazu notwendigen Grundbetrieb und bilden nur noch das aus, was zurzeit unabdingbar ist. Das dafür nicht erforderliche Personal bleibt auf Abruf zu Hause. Damit tragen wir gleichermaßen zu Reduzierung der Ansteckungsrate wie zum Erhalt der Einsatzbereitschaft bei.“

Denn von Corona-Fällen bleiben auch die deutschen Streitkräfte nicht verschont. Nicht zuletzt deshalb hat die Bundeswehr auf eine Einberufung von neuen Rekruten zum 1. April vorerst verzichtet. Junge Soldaten und Soldatinnen, die allerdings bereits im Februar einberufen worden sind, müssen ihre dreimonatige Grundausbildung weiterhin fortsetzen. In einigen Verbänden waren die Rekruten allerdings zwischenzeitlich wegen der Corona-Krise nach Hause geschickt worden. Dann mussten sie aber wieder einrücken. Mancherorts offenbar gegen den Protest von Ausbildern, die so ein Vorgehen für unver-

antwortlich hielten. Denn in der Grundausbildung ist der auch bei den Streitkräften geforderte Zweimeter-Abstand in der Praxis nicht immer umsetzbar. Zum Beispiel bei der Schießausbildung, bei dem Modul Bergung von Verwundeten oder beim sogenannten Biwak – also dem Leben im Felde. Die Soldaten übernachten dann normalerweise in einem kleinen Zwei-Mann-Zelt.

Nach Informationen von NDR Info fanden solche Bedenken auf höherer Ebene kein Gehör. Stattdessen wurde auf Wiederaufnahme der Grundausbildung gepocht. Mancher Ausbilder fühlt sich daher von Vorgesetzten im Stich gelassen. Und was sagt die militärische Führung dazu? Auf Nachfrage von NDR Info teilte die Bundeswehr hierzu lediglich mit: Eine Standardlösung könne es nicht geben, sondern nur ein gemeinsames Ziel: die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte nachhaltig sicherzustellen. Mehr wollte das Verteidigungsministerium zum Streit um die Grundausbildung nicht sagen.

Themenwechsel:

Während der beiden Weltkriege wurden in Nord- und Ostsee zehntausende von Seeminen ausgelegt. Und nach Kriegsende sind dann Unmengen von Munition im Meer entsorgt worden. Die Palette reicht von Spreng- und Brandbomben, Pistolen- und MG-Patronen über Panzerfäuste und Artilleriegeschosse. Außerdem versenkt wurden hochgefährliche Giftgasgranaten und andere diverse chemische Kampfstoffe. Nach dem Zweiten Weltkrieg sind auf Anordnung der Alliierten insbesondere in der Ostsee massenhaft intakte Kampfmittel der Wehrmacht verklappt worden. Das Meer – es ist damals als Müllkippe für die Entsorgung von Munition aller Art missbraucht worden. Seitdemrottet sie auf dem Meeresgrund vor sich hin. Giftige und gefährliche Substanzen können freigesetzt werden. Militärische Altlasten – eine tickende Zeitbombe.

Vor allem Umweltschützer machen immer wieder auf das Problem aufmerksam. Die Botschaft, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt, ist inzwischen bei der Politik angekommen. Man bemüht sich, das Problem zu lösen. Aber eine wirkliche Strategie ist bis heute nicht in Sicht. Denn die Zuständigkeiten sind zersplittert, die Aufgabe schwierig und komplex. Außerdem ist eine Entsorgung extrem teuer. Werden wir mit den militärischen Altlasten daher dauer-

haft leben müssen? Christoph Prössl hat recherchiert – auch bei der Deutschen Marine:

Manuskript Christoph Prössl

An Bord des Minenjagdbootes „Grömitz“ der Bundeswehr in der Operationszentrale. Fünf Soldaten sitzen vor Monitoren in diesem fensterlosen Raum, dem Herzstück des Schiffes. Hier laufen alle Informationen zusammen. Eine elektronische Seekarte ist auf einem großen Bildschirm zu sehen, ein Soldat bedient das Sonar des Schiffes, kann Auffälligkeiten auf dem Meeresgrund aufspüren. Eine andere Person bedient die Drohne, die gerade zu Wasser gelassen wird.

O-Ton Meldung

„Drohne zu Wasser. Drohne ist zu Wasser.“

Auf dem Achterdeck des Schiffes haben Soldaten die 1,40 Meter lange Unterwasserdrohne startklar gemacht und mit einem Kran ins Wasser gehievt. Der sogenannte „Seefuchs“ soll ein verdächtiges Objekt auf dem Grund der Ostsee ansteuern und Bilder liefern. Ist es eine Mine aus dem Ersten oder Zweiten Weltkrieg, ein Torpedo? Oder nur ein großer Stein?

O-Ton Kommandos

„Kontakt im Nahbereich aufgefasst. Peilung 330, Abstand 35.“ / „Abstand 35.“ / „Richtig. Grund ist optisch.“

Das Schwarz-Weiß-Bild vom Grund wird nun in die Operationszentrale übertragen. Zu sehen ist ein runder Gegenstand, vielleicht ein Stein, aber irgendwie ist der Gegenstand sehr symmetrisch, sieht aus, wie von Menschenhand gemacht. Der Kommandant des Schiffes, Korvettenkapitän Philipp Palm, ist an den Monitor heran getreten.

O-Ton Palm

„Der Seefuchs ist die einzige Möglichkeit, um genau zu sehen, was ist es. Und jetzt müssen wir uns das noch anschauen. Auch wenn das jetzt eine Altlast wäre, eine Mine, ein Torpedo, sonstiges, müssen wir uns das anschauen, dokumentieren, was das ist, und dann würde es im Endeffekt von mir auch den Befehl geben, das Objekt umzusetzen.“

Umzusetzen heißt sprengen. Unschädlich machen. Weil Journalisten an Bord sind, wird der Gegenstand nicht genauer untersucht. In einer Datenbank wird das Objekt eingetragen, muss dann nochmal untersucht werden. Um Minen zu sprengen, verwendet die Marine auch den Seefuchs - allerdings in einer anderen Version. Die Drohne ist dann mit einer Sprengladung versehen, prallt auf die Mine auf und löst die Explosion aus.

Die Ostsee ist voll mit alten Minen. Hier wurde auch viel Munition nach den Weltkriegen versenkt und Flugzeuge warfen Bomben über See ab, wenn Luftangriffe abgebrochen werden mussten. 1,6 Millionen Tonnen – schätzen Experten – liegen auf dem Grund der Ostsee. Von der Altlast gehen besondere Gefahren aus. Die Minen sind noch funktionsfähig, reagieren auf Berührung, auf Geräusche oder lösen magnetisch aus, wenn ein Metallrumpf über sie hinweg fährt. Eine Gefahr für die Seefahrt. Außerdem haben Wissenschaftler nachweisen können, dass die Sprengstoffe Tiere und Umwelt belasten. Anne Böhnke-Henrichs, Referentin für Meeresschutz beim Naturschutzbund Deutschland, NABU:

O-Ton Böhnke-Henrichs

„Munitionsaltlasten im Meer sind letztlich eine Gefahr für uns alle. Durch korrodierende Munitionshüllen liegt der Sprengstoff frei im Wasser und der Sprengstoff ist giftig. Man weiß aus der Forschung, dass Muscheln und Fische diese Gifte aufnehmen und so landet das Gift am Ende auf unserem Teller. Die zweite Gefahr besteht für Strandbesucher, die Bernstein zum Beispiel mit weißem Phosphor verwechseln und schwere Verbrennungen davon tragen oder Sprengstoffe aufnehmen und die dann mit Steinen verwechseln. Da ist alleine schon der Hautkontakt giftig.“

Die Bergung von Munitionsaltlasten in deutschen Gewässern ist Aufgabe der Bundesländer. Und vor allem müssen die Landesregierungen dafür aufkommen. Eine große finanzielle Belastung. Die Anrainer von Nord- und Ostsee - Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern - fordern eine finanzielle Beteiligung des Bundes. Spezial-Unternehmen übernehmen meistens die Aufgabe des Räumens. Die Marine hat in den Jahren 2017 bis 2019 in deutschen oder fremden Hoheitsgewässern oder internationalen Gewässern 83 Kampfmittel beseitigt – oft im Rahmen von Manövern, oft gemeinsam in Verbänden mit Partnernationen, in Abstimmung mit nationalen Behörden. Fälle, in denen die Marine beispielsweise alte Torpedos aufgespürt und

ein Minenjagdboot einer anderen Nation geräumt hat, sind in dieser Statistik nicht erfasst.

O-Ton Böhnke-Henrichs

„Die Bergung von Munitionsaltlasten ist ein Wettlauf gegen die Zeit. Denn die Munitionshüllen korrodieren und werden so immer schwerer handhabbar. Zudem wird auch jetzt schon immer mehr Sprengstoff in die Meeresumwelt freigesetzt,“

sagt Anne Böhnke-Henrichs, Referentin für Meeresschutz beim Naturschutzbund Deutschland, NABU.

O-Ton Böhnke-Henrichs

„Die Forschung hat sich beispielsweise mit Bergetechnik beschäftigt. Und aus unserer Sicht ist jetzt die Zeit gekommen, im großen Maßstab mit der Bergung zu beginnen, an ein, zwei Pilotprojekten, um hier die notwendige Praxiserfahrung zu sammeln. Denn wir können es uns nicht leisten, noch länger zu warten.“

Dabei ist die Bergung eine heikle Sache. Untersuchungen der Universität Kiel haben ergeben, dass gerade Sprengungen kritisch sind. Eine Detonation setzt oft nur einen Teil des Sprengstoffes um, Brocken bleiben auf dem Meeresgrund liegen, Giftstoffe werden ausgespült, sagte Edmund Maser, Professor und Direktor des Instituts für Toxikologie und Pharmakologie an der Christian-Albrechts-Universität Kiel bei einer Anhörung im Bundestag Anfang März.

Längst gibt es Pläne, bei der Bergung Roboter einzusetzen. Ein Bergungsunternehmen, die Heinrich Hirdes EOD Services GmbH, hat gemeinsam mit der Uni Leipzig und dem Fraunhofer-Institut für chemische Technologie in Pfinztal bei Karlsruhe ein Konzept erarbeitet. Nun müsste das System finanziert und eingesetzt werden, um erste Erfahrungen zu sammeln.

In der Ostsee gibt es in deutschen Hoheitsgewässern acht Munitionsversenkungsgebiete, in der Nordsee sieben. Dazu kommen noch 50 munitionsbelastete Flächen und 21 Orte, an denen sehr wahrscheinlich Munition versenkt wurde – alleine in der Ostsee. In der Nordsee sind es 21 Flächen.

Doch längst sind nicht alle Altlasten aufgespürt. Uwe Wichert ist Kapitänleutnant a.D. und Mitglied der Expertengruppe „Munition im Meer“, die die Länder berät. Er arbeitet in Archiven, beispielsweise im Militärarchiv in Freiburg, im

Nationalarchiv in England, in Landesarchiven, sichtet Hafenbücher, Kriegstagebücher, Bordbücher, spricht – wenn noch möglich - mit Augenzeugen.

O-Ton Wichert

„Es wird ein Seegebiet festgelegt, zum Beispiel die Kolberger Heide, dann werden alle Akten, die zur Kolberger Heide aufzufinden sind, geprüft, d.h. durchgesehen. Seiten werden kopiert oder fotografiert. Es werden Kriegstagebücher von Schiffen von Verbänden oder Kommandobehörden durchgesehen, es werden die Transportwege, Wetter- und Umweltdaten aufgenommen. Wenn diese Arbeit abgeschlossen ist, geht es zur Auswertung, um ein Lagebild zu erstellen. Und diese Daten aus dem Lagebild kommen dann in ein Kataster und werden dort weiter aufbewahrt und können weiter verarbeitet werden.“

Wie es nun weitergehen soll, wird derzeit zwischen Bund und Ländern verhandelt. Nach einer Konferenz der Umweltminister der Länder im November 2019 soll bis zum Herbst ein Screening kampfmitteltypischer Schadstoffe im Meer erarbeitet werden. Das weitere Vorgehen könnte erst nach Abwägung aller Faktoren, wie Menge und Zustand der Munition sowie der Anwendbarkeit vorhandener und neuer Technologien festgelegt werden, heißt es in einer Antwort auf eine Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Olaf in der Beek aus dem Bundesumweltministerium. Bis in größeren Mengen Altlasten geborgen werden, könnte es also noch dauern.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Christoph Prössl.

US-Präsident Trump setzt auf militärische Stärke. Die Supermacht modernisiert zurzeit ihr Nukleararsenal. Die Weichen dafür wurden zwar bereits von dem Trump-Vorgänger Obama gestellt. Doch unter der neuen Regierung sollen die US-Atomwaffen erheblich kleiner und damit flexibler einsetzbar werden. Glaubt man Experten, ist das eine gefährliche Entwicklung. Denn ein nuklearer Schlagabtausch könnte so möglicherweise wahrscheinlicher werden. Zu den Hintergründen - Otfried Nassauer:

Manuskript Otfried Nassauer

Der Führungsstil von US-Präsident Donald Trump wird oft als autokratisch, sprunghaft oder gar erratisch kritisiert. Auf ein Thema trifft das jedoch nicht zu. Trump setzt auf militärische Stärke und die konkurrenzlose Überlegenheit der USA bei nuklearen Waffen. Die wichtigsten Konkurrenten sieht er in Russland und China. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit wurde das deutlich. In seiner ersten Rede an die Nation sagte Trump am 30. Januar 2018:

O-Ton Trump (Voiceover)

„Als Teil unserer Verteidigungsanstrengungen müssen wir unser nukleares Arsenal modernisieren und wieder aufbauen. Wir müssen es hoffentlich nie einsetzen, aber so stark und mächtig machen, dass es jeden Akt der Aggression abschreckt.“

Mit Blick auf die Herausforderungen durch große Rivalen wie China und Russland sowie kleinere Akteure wie Nordkorea oder den Terrorismus argumentierte Trump:

O-Ton Trump (Voiceover)

„Während wir uns mit diesen Gefahren konfrontiert sehen, wissen wir, dass Schwäche der sicherste Weg in den Konflikt ist, während konkurrenzlose Überlegenheit das sicherste Mittel unserer Verteidigung ist.“

Wenige Tage zuvor hatte seine Regierung eine neue Nationale Verteidigungsstrategie veröffentlicht, deren Zielsetzung das US-Verteidigungsministerium in zwei Punkten zusammenfasst. Es gelte:

Zitat

- „1. den Wettbewerbsvorsprung Amerikas wiederherzustellen, indem die globalen Rivalen China und Russland daran gehindert werden, die USA und ihre Verbündeten herauszufordern [und]
2. diese Rivalen davon abzuhalten, die gegenwärtige internationale Ordnung aus der Balance zu bringen.“

Das vom damaligen Verteidigungsminister Jim Mattis unterzeichnete Dokument enthält darüberhinaus einen zugleich kryptischen und programmatischen Satz zur Zukunft des Atomwaffenarsenals der USA. Es heißt dort wörtlich:

Zitat

„Das Ministerium wird die nukleare Triade modernisieren – einschließlich der

nuklearen Befehls-, Kontroll- und Führungssysteme und der unterstützenden Infrastruktur. Die Modernisierung der nuklearen Streitkräfte wird auch die Entwicklung von Optionen beinhalten, um erpresserischen Strategien eines Konkurrenten entgegenzutreten, die auf dem angedrohten Einsatz nuklearer oder strategisch nichtnuklearer Angriffe beruhen.“

Mit den „erpresserischen Strategien“ wird auf eine konservative US-amerikanische Lesart der russischen Militärdoktrin Bezug genommen. Diese besagt, Russland plane einen Ersteinsatz mit kleinen taktisch-atomaren Waffen – zum Beispiel im Baltikum. Der solle die westlichen Gegner Moskaus vor die Wahl stellen, entweder mit großen, strategischen Atomwaffen zu antworten oder auf einen Gegenschlag zu verzichten. Verzichte der Westen, so müsse er Russland seinen politischen Willen lassen, also einer Erpressung nachgeben. „Eskalieren um zu de-eskalieren“ wird diese Lesart genannt.

Die Rückkehr der „Rivalität der Großmächte“ als Narrativ der politischen Agenda Trumps fand ihre Fortsetzung in dem Grundlagendokument zur künftigen Nuklearwaffenpolitik der USA, dem Nuclear Posture Review, das einen Monat später, im Februar 2018, veröffentlicht wurde. Es beinhaltet das Konzept einer auf mögliche Kontrahenten der USA zu- und maßgeschneiderten nuklearen Abschreckung – vor allem der rivalisierenden Großmächte Russland und China. Sie hervorzuheben bietet die beste Rechtfertigung für eine umfassende Modernisierung der US-Nuklearstreitkräfte.

Mit dem Nuclear Posture Review kündigte Trump an, alle nuklearen Modernisierungsvorhaben seines Vorgängers Obama weiterzuführen und dessen Pläne zur Außerdienststellung älterer Nuklearwaffen zu verlangsamen. Darüber hinaus sieht das Dokument vor, sich von Obamas Vorgabe zu verabschieden, keine neuen Atomwaffen und keine Atomwaffen mit neuen Fähigkeiten mehr einzuführen.

Angekündigt wurde dagegen von der neuen US-Regierung die Einführung von U-Boot-gestützten Langstreckenraketen mit nur einem nuklearen Gefechtskopf kleiner Sprengkraft, der den USA eine zusätzliche Handlungsoption gegen den befürchteten russischen Ersteinsatz taktischer Atomwaffen in erpresserischer Absicht geben soll. Zudem sieht das Dokument vor, seegestützte atomare Marschflugkörper wieder einzuführen und auch in Zukunft bei see- und

landgestützten Langstreckenraketen auf unterschiedliche Sprengkopfmodelle zu setzen. Der Nuclear Posture Review sieht also im Kern vor, mehr leistungsfähigere sowie flexibler nutzbare Sprengkopftypen einzuplanen als dies noch unter Obama geplant war.

2018 und 2019 wurde bereits ein Schritt realisiert. Erste Sprengköpfe für U-Boot-Raketen wurden so umgebaut, dass sie nicht mehr mit 100 Kilotonnen Sprengkraft explodieren, sondern nur noch mit weniger als 10 Kilotonnen. Von den zwei atomaren Sprengsätzen, die ein solcher Sprengkopf gewöhnlich enthält, soll nur noch der kleinere gezündet werden. Das ließ sich einfach, schnell und mit weniger als 100 Mio. Dollar sowie ohne große Diskussion im Kongress realisieren. Bereits um den Jahreswechsel 2019/2020 stach mit der „USS Tennessee“ das erste U-Boot mit modifizierten Sprengköpfen vom Typ W76-2 in See.

Im Haushaltsentwurf für 2021 werden jetzt weitere Pflöcke eingeschlagen. Im nächsten Jahr sollen die Mittel für die Wartung und Modernisierung atomarer Sprengköpfe erneut deutlich um 25 Prozent steigen auf rund 15,6 Mrd. Dollar. Mehr Geld soll es vor allem für die Modernisierung vorhandener Sprengköpfe und die Entwicklung künftiger Gefechtsköpfe geben. Also zum Beispiel für die B61-12-Atombombe, die auch in Europa gelagert werden soll oder für eine neue Sprengkopfversion für luftgestützte Marschflugkörper. Erste Finanzmittel eingeplant hat die Trump-Administration allerdings auch für Arbeiten an einem neuen Sprengkopf mit der Bezeichnung W93 Mark7 für U-Boot-Raketen. Einen Sprengkopf mit der Bezeichnung W93 gibt es bislang ebenso wenig wie einen Wiedereintrittsflugkörper Mark7. Beide sollen wohl neu entwickelt werden. Zusätzlich soll der Sprengkopf so ausgelegt werden, dass man aus ihm neue Varianten ableiten kann.

Fehl ginge jedoch die Annahme, die Trump-Administration plane parallel zu der angedachten umfangreichen technischen Modernisierung atomarer Sprengköpfe auch eine massive quantitative Ausweitung des Nuklearwaffenpotenzials der USA. Das zeigt der Blick auf die geplanten Gelder zur Modernisierung der Trägersysteme. Die Mittel dafür sollen 2021 nicht

wesentlich steigen. Mehr noch: Die US-Regierung will der US-Marine aufgeben, die neuen Raketen-U-Boote der Columbus-Klasse ohne Aufstockung ihres Schiffbauetats zu finanzieren. Auch die Luftwaffe soll offenbar für ihre neuen B21-Bomber und Interkontinentalraketen keine zusätzlichen Haushaltsmittel bekommen.

Donald Trump und seine Administration setzen offenbar vor allem auf qualitative Aufrüstung und technische Innovation im nuklearen Bereich. Atomwaffen sollen zielgenauer werden, weniger Sprengkraft benötigen und flexibler einsetzbar sein. Abschreckungsfähigkeiten werden von der US-Administration vor allem dann als glaubwürdig und wirksam betrachtet, wenn man in einer Krise und im Krieg glaubwürdig mit deren tatsächlichen Einsatz drohen kann.

Dieses Denken spiegelt sich auch in der teilstreitkraft-übergreifenden Vorschrift über „Nukleare Operationen“ wider, die im vergangenen Jahr in Kraft getreten ist. Eine Vorschrift zu diesem Thema wurde seit 2005 nicht mehr für notwendig gehalten. Zuletzt war ein solches Dokument 1995 in Kraft gesetzt worden.

Das Denken in kleinen, tatsächlich durchführbaren Nuklearoperationen begrenzter Art steht auch hinter konkreten Waffen-Entwicklungen wie zum Beispiel dem neuen Sprengkopf W76-2 für die U-Boot-Raketen vom Typ Trident D II. Das ist hochriskant und ein Spiel mit dem Feuer. Würde eine solche Waffe je abgefeuert, so könnte Russland bis kurz vor oder gar bis zu deren Einschlag kaum sagen, ob es mit einem kleinen Nuklearsprengkopf oder mit bis zu acht großen Atomsprengköpfen angegriffen wird.

Auf die Frage der US-Senatorin Debbie Fischer, ob ein Verzicht auf die Option eines nuklearen Ersteinsatzes aus seiner Sicht ein denkbarer Schritt sei, antwortete der amtierende US-Oberbefehlshaber für Europa, Tod Wolters, kürzlich:

O-Ton Wolters
„Senator, I'm a fan of flexible first use policy“

Der US-General ist also ein Anhänger des flexiblen nuklearen Ersteinsatzes in Europa. Deutlicher geht es kaum.

* * *

Flocken

Soweit Otfried Nassauer.

Das war's für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen – in der ARD-Audiothek oder auf unserer Internetseite unter nrd.de/streitkraefte. Dort können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.